

## Kompetenzzentrum Rechtsextremismus Westfalen

### Förderverein

Von: Dierk Borstel/ Claudia Luzar

### Ausgangslage

Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Erscheinungen ist eine dauerhafte Herausforderung für alle Demokraten. Lange wurden regionale Probleme auch in Westfalen nicht ernst genug genommen. Im Gegenteil: Rechtsextremismus wurde vor allem in Ostdeutschland verortet. Im westfälischen Landesteil wuchs deshalb fast unbemerkt eine gewaltbereite rechtsextreme Szene mit unterschiedlichen lokalen Schwerpunkten heran. In manchen Kommunen führen Rechtsextremisten einen aggressiven Raumkampf, der die eigene Deutungshoheit an ausgesuchten Orten zum Ziel hat. Dieser Raumkampf richtet sich gegen missliebige Opfergruppen, gegen Menschen, Gebäude und Einrichtungen.

Inzwischen hat sich in der Politik auf Landes- und -Kommunalebene ein parteiübergreifendes Bewusstsein dafür entwickelt, dass Rechtsextremisten eine Gefahr für das demokratische Zusammenleben der Menschen in Westfalen sind. Die lokalen rechtsextremen Gruppen arbeiten mit unterschiedlichen Verbindungen ins Rheinland, nach Niedersachsen und Hessen. Die Szene wandelt sich ständig, ist gut vernetzt - auch international -, sehr aktivistisch und äußerst gewaltbereit. Seit zehn Jahren nehmen rechtsextreme Straftaten in Westfalen zu, insbesondere auch die Gewalttaten. Denn die Mitglieder der rechtsextremen Bewegung eint der Gedanke einer Ungleichwertigkeit der Menschen und die grundsätzliche Akzeptanz von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung. Die rechtsextreme Szene unterteilt sich hier in einen parteiabhängigen Flügel (NPD) und in einen bewegungsförmigen („Autonome Nationalisten“), der in Westfalen zahlenmäßig überwiegt. Das ist das Ergebnis einer Entwicklung seit 2002, die in NRW einen deutschlandweiten Trend hin zu freien Organisationsformen vorweg genommen hat. Gleichwohl sind auch hier die Übergänge der rechtsextremen auch hin zu rechtspopulistischen Erscheinungsformen wie der Pro-Bewegung fließend. Die Szene setzt von Westfalen aus bundesweite Maßstäbe. Deshalb wird der politische und zivilgesellschaftliche Umgang mit diesem Problem außerhalb Westfalens als beispielhaft wahrgenommen.

### Ziel

Die Region Westfalen muss sich seiner besonderen Verantwortung im Umgang mit dem Rechtsextremismus noch mehr bewusst werden. Westfalen hat die Chance, sich überregional als demokratische Modellregion zu präsentieren. Dieses Ziel verfolgt das „Kompetenzzentrum Rechtsextremismus Westfalen“ (KZW).

### Ansatz

Um den Ansatz des KZW verstehen zu können, lohnt sich der Blick auf ein Fallbeispiel aus der Beratungspraxis von Back Up:

## Kompetenzzentrum Rechtsextremismus Westfalen Konzept/Kurzzusammenfassung

Markus ist 17 Jahre alt. Er engagiert sich bei den Autonomen Nationalisten. Noch vor einem halben Jahr hätte seine Mutter eine solche Karriere kategorisch ausgeschlossen. Er wuchs in behüteten Verhältnissen auf, war politisch eher uninteressiert. Wie in jeder Familie gab es Streit. Wenn es darauf ankam, hielt die Familie jedoch zusammen. Jetzt hat Markus seinen Vater mit einem schweren Schlag das Nasenbein gebrochen. Markus ist danach abgehauen und wohnt vermutlich bei einem rechtsextremen Kumpel. Für die Mutter komplettiert sich dadurch ein Alptraum, aus dem sie vergeblich zu erwachen hofft. Wie ist es dazu gekommen?

Vor etwa einem halben Jahr hat Markus vermutlich über das Internet seine neuen Freunde kennengelernt. Ersten Onlinediskussionen folgten Einladungen zu Grillabenden und Fußballspielen. Markus fand schnell Anschluss und Anerkennung. Innerhalb von wenigen Monaten passte er sich der neuen Szene an. Ein großer „Politiker“ ist er noch immer nicht; doch das kleine Einmaleins des rechtsextremen Denkens ist einfach. Es gibt Freunde und Feinde. Das System lügt und verblendet die Massen. Dazu gehören jetzt auch seine Eltern.

Seine Eltern wünschen sich nichts sehnlicher, als dass ihr Sohn aus der rechtsextremen Szene aussteigen möge. Zunächst brauchten sie allgemeine Informationen zum Rechtsextremismus, um überhaupt zu verstehen, in „was“ ihr Sohn da geraten war. Dann wollten sie wissen, was sie tun können, um bei ihrem Sohn Ausstiegsmotivationen zu entwickeln. Mittlerweile wurde der Vater Opfer der Gewalt seines Sohns und die Polizei berichtet ihnen von den Aktivitäten ihres Sohns.

Die Folge war eine Mehrfachberatung der Familie. Mehrere Initiativen und die Polizei gaben Tipps und Hinweise, die sich oft widersprachen. Statt Klarheit gab es Verwirrung und Widersprüchlichkeit. Das KZW reagiert darauf: Beratung gibt es hier aus einer Hand – angepasst an die Bedürfnisse und die jeweilige Situation. Dabei baut es auf das Wissen und die Erfahrungen etablierter Organisationen auf.

### **Bestehende Strukturen**

#### **- Opferberatung**

Die erste professionelle Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt in ganz Westdeutschland – Back Up – wirkt von Dortmund aus (seit November 2011) dem Raumkampf der Rechtsextremisten in Westfalen entgegen: Denn die Menschen sollen sich wohl fühlen, nicht schutzlos.

#### **- Aussteigerberatung**

Ausstiegsarbeit wirkt der rechtsextremen Szene selbstaktiv entgegen. Ausstiegswillige werden betreut und nachhaltig begleitet.

#### **- Runde Tische**

Zahlreiche „Runde Tische“ in der Region stärken das demokratische Zusammenleben vor Ort. Der Bedarf nach kompetenter Beratung, Begleitung und der Übertragung von Erfahrungswissen aus anderen Orten ist groß.

### **Strukturbedarf**

#### **- Informations- und Beratungsleistungen**

## Kompetenzzentrum Rechtsextremismus Westfalen Konzept/Kurzzusammenfassung

Ein Informations- und Beratungsdienst des KZW bietet Informationen zum Rechtsextremismus, auch mit Regionalbezug. Diese Dienstleistung steht soziale Einrichtungen, Schulen, Multiplikatoren und den Medien zur Verfügung.

### - Organisation

Die Praxis zeigt, dass die Trennung zwischen Opfer-, Aussteiger- und einer allgemeinen Fachberatung oft künstlich ist. Denn viele Beratungsfälle zeigen einen komplexen Beratungsbedarf, der immer wieder unterschiedliche Module der verschiedenen Beratungsinstitutionen umfasst. Hier geht es um eine Konzentration der Beratung aus einer Hand, und der Abstimmung des Bedarfs. Auch die zeitlich sehr aufwändige Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, sowie die Anwesenheit in verschiedenen kommunalen Gremien bündelt sich im KZW. Es ist eine zentrale Anlaufstelle für alle Akteure, die in Westfalen an der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus beteiligt sind.

### - Einheitliches Konzept

Inhaltlich bedarf es eines einheitlichen regionalen Konzepts zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Westfalen, das von einer zentralen Stelle entwickelt und in Abstimmung mit den lokalen Akteuren vor Ort begleitet wird. Dafür verdichtet sich im KZW eine Expertise, auf die sich dieses Konzept stützt: Jahrelange Erfahrungen aus Wissenschaft und Praxis in Westfalen, aber auch in anderen Regionen in Ost- und Westdeutschland. Dafür stehen die Mitarbeiter der Opfer- und Aussteigerberatung, sowie der wissenschaftlichen Begleiter der Universität Bielefeld und der Fachhochschule Dortmund. Das KZW stellt seine Erkenntnisse über den Rechtsextremismus in Westfalen als Dienstleister für Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zur Verfügung.

### Vorteile der neuen Struktur

Mit dem gemeinsamen regionalen Verein KZW e.V. verbinden sich folgende Vorteile und Notwendigkeiten:

1. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus wird in Westfalen gemeinsam koordiniert und auf professionelle Beine gestellt. Wichtig ist es, möglichst viele Kommunen und deren regionale Kompetenzen und Kenntnisse zu integrieren.
2. Kommunen und Bürger bekommen alle wichtigen Erkenntnisse, Beratungs- und Begleitungsangebote aus einer Hand. Sie bekommen ein maßgeschneidertes und der jeweiligen kommunalen Situation angepasstes Angebot.
3. Anfragen können zukünftig an einen Verein gestellt werden. Das reduziert die Unübersichtlichkeit bei den Betroffenen. Der Verein übernimmt dann die inhaltliche Zuordnung.
4. Der Verein zeigt, dass Opferschutz und eine offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zusammen gehören und nicht zu trennen sind.
5. Die Einzelträger werden durch die gemeinsame Geschäftsführung von bürokratischen Lasten befreit.

6. Der Verein ist ein starkes Zeichen der demokratischen Einigkeit gegen Rechtsextremismus.